

Aktivierende Drogenhilfe - Analyse des Arbeitsprojektes back to work als Beispiel für die Entwicklung akzeptierender Drogenarbeit im aktiven Sozialstaat

Kemmerer, Mischa

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kemmerer, M. (2020). Aktivierende Drogenhilfe - Analyse des Arbeitsprojektes back to work als Beispiel für die Entwicklung akzeptierender Drogenarbeit im aktiven Sozialstaat. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 40(157), 107-118. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91859-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mischa Kemmerer

Aktivierende Drogenhilfe – Analyse des Arbeitsprojektes *back to work* als Beispiel für die Entwicklung akzeptierender Drogenarbeit im aktiven Sozialstaat

In diesem Beitrag soll gezeigt werden, welchen Einfluss neoliberale Rationalitätsmuster und Regierungstechnologien auf die niedrigschwellige Drogenhilfe in der deutschen Großstadt Bad Reichheim¹ und auf die Soziale Arbeit haben.

War bis zu den 1990er Jahren die Drogenhilfe in Deutschland vor allem durch Abstinenzorientierung geprägt, begann in den darauffolgenden Jahren in einigen Großstädten die konzeptionelle und praktische Umsetzung einer akzeptanzorientierten Drogenhilfearbeit.

Fast zeitgleich schritten die neoliberalen Entwicklungen von Produktions-, Regierungs- und Lebensweisen in Deutschland weiter voran und fanden in der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit ihren Niederschlag. Die damit verbundene aktivierende Sozialpolitik ist zum programmatischen Leitbild modernen Regierens geworden. Neben der Neujustierung staatlicher Aufgaben, die auf die Schaffung wettbewerbsfördernder Rahmenbedingungen ausgerichtet ist, setzt die Transformation des Sozialstaates direkt bei den Individuen und deren Selbstwahrnehmung an (vgl. Galuske 2004: 4; Lessenich 2003: 90).

Soziale Arbeit ist solchen aktivierungspolitischen Strategien nicht nur ausgesetzt, sondern selbst zu deren Teil geworden, indem sie die gleichen neoliberalen Regierungstechnologien anwendet, um ihre Nutzer*innen zu aktivieren, sie zu res-

1 Die folgende Analyse des Arbeitsprojektes *back to work* erfolgt auf Grundlage der Formulare, Konzept- und Programmpapiere des Projektes, sowie Mitschriften während einer sechsmonatigen teilnehmenden Beobachtung im Jahr 2015. Zur Wahrung der Anonymisierung wurden Ort und Name des Projektes verändert. Alle verwendeten Unterlagen wurden ebenso anonymisiert und nicht in das Literaturverzeichnis mit aufgenommen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass es sich bei dem Beitrag um eine Programmanalyse und -kritik handelt. Die konkrete Arbeitsweise Einzelner steht hier nicht im Fokus.

possibilisieren und Employability herzustellen. Die liberale, niedrighschwellige und akzeptanzorientierte Drogenhilfe in Bad Reichheim blieb von solchen Entwicklungen nicht unberührt. Vor allem zu Beginn des 21sten Jahrhunderts traten hier neue Konzepte auf den Plan. So werden die Sozialarbeiter*innen der Drogenhilfe in Motivierender Gesprächsführung geschult, das Koko-Projekt (kontrollierter Konsum) wird ins Leben gerufen, und kurz darauf startet die Durchführung des Arbeitsprojektes *back to work*. Die Grundintention dieser Konzepte liegt vor allem darin, Menschen in ihrer Selbstwahrnehmung zu beeinflussen, sie sozial mehr einzubinden, ihnen mehr Eigenverantwortung zuzusprechen, und sie als Manager ihrer Lebenssituation und ihres Konsumverhaltens zu konstituieren.

Der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt auf der Analyse des Arbeitsprojektes *back to work*, das den Anspruch verfolgt, die Anforderungen, Verhaltensweisen und Leistungsanforderungen, die mit dem Konzept des aktivierenden Sozialstaates verbunden sind, bei den Teilnehmer*innen einzulösen. Soziale Arbeit agiert somit am Schnittpunkt herrschaftlicher Interessen und individueller Prozesse. Sie (re)produziert, wie hier verdeutlicht werden soll, vorherrschende Rationalitätsmuster und fördert neoliberale Subjektivierungsweisen. Dieser These wird im Anschluss auf Grundlage einiger wesentlicher Elemente der Foucault'schen Machtanalytik nachgegangen.

1 Das Arbeitsprojekt *back to work*

Arbeitsprojekte in der niedrighschwelligigen Drogenhilfe in Bad Reichheim wurden bereits Anfang der 1990er Jahre durchgeführt. Im Laufe der Zeit entwickelten sich diese weiter und erfuhren im Jahr 2012 eine deutliche Veränderung.

Mehrere Bad Reichheimer Träger, u.a. auch Drogenhilfeeinrichtungen, wurden vom Jobcenter damit beauftragt, ein sogenanntes *Aktivcenter* einzurichten, mit dem Ziel, „Menschen, die durch ihre jahrelange Erwerbslosigkeit die ‘Arbeitsmarktnähe’ verloren haben“ zu aktivieren, zu stabilisieren, zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren (Konzept *back to work*).

Im Bereich der Drogenhilfe bietet das *Café Kirlestraße*, im Auftrag und in Kooperation mit dem Jobcenter, ein Arbeitsprojekt mit dem Namen *back to work* an. Dieses Angebot richtet sich explizit an Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen, die illegale Drogen konsumieren oder konsumiert haben, und nun Teil eines Drogensubstitutionsprogramms sind.

Im Projekt besteht die Möglichkeit, in Arbeitsfeldern wie Hauswirtschaft, Wäscherei oder Gebäudereinigung zu arbeiten. Die Teilnehmer*innen werden von den ihnen zugewiesenen Arbeitserzieher*innen angeleitet und von einer/m Sozial-

arbeiter*in betreut. Sie erhalten bei regelmäßiger Teilnahme eine Anwesenheitsprämie, kostenfreie Verpflegung, sowie eine Monatsfahrkarte zu ihrer Arbeitsstelle.

Ziel der Maßnahme *back to work* ist es, den „suchtkranken langzeitarbeitslosen Menschen an Beschäftigung heranzuführen und Zugänge zu Beschäftigung, Kompetenzförderung und ersten Erprobungen in der Arbeitswelt zu verschaffen“ (Teilnahmevereinbarung für *back to work*).

Durch die Maßnahme sollen die Teilnehmer*innen fit für die Arbeitswelt gemacht werden. Durch eine ganzheitliche Aktivierung in allen Lebensbereichen, wird versucht, ein im Sinne des aktivierenden Sozialstaates nützliches Mitglied der Gesellschaft zu (re-) produzieren. Es ist die „zentrale Aufgabe (...), die eindeutig erkennbar vorhandenen Lern- und Kompetenzergebnisse der TeilnehmerInnen stärker herauszuarbeiten und zu dokumentieren und im Sinne der beruflichen Erprobung außerhalb des Aktiv-Centers nutzbar zu machen“ (Konzept *back to work*).

Durch eine intensive Unterstützung und Beratung durch die Sozialarbeiter*innen sollen die Teilnehmenden im „Verlauf der Maßnahme ihre Kompetenzen bilanzieren, ihre Schlüsselkompetenzen stärken und individuelle Eingliederungshemmnisse bearbeiten“ (Teilnahmevereinbarung für *back to work*).

Die hier forcierten Ziele von *back to work* decken sich mit dem Leitbild des *unternehmerischen Selbst*, denn die Teilnehmer*innen sollen in eigener Verantwortung ihr Leben aktiv gestalten und ihr Handeln an unternehmerischen Kalkülen ausrichten. Hier zeigt sich eine Ausweitung bzw. Totalisierung des Aktivierungsparadigmas, welches vor keiner Personengruppe halt macht. So werden mit *back to work* auch die Menschen (Konsument*innen illegaler Drogen) als *unternehmerisches Selbst* angerufen, die bisher jenseits von Anforderungen der Arbeitsmärkte behandelt wurden.

Bereits 1979 skizzierte Foucault diese drastischen Veränderungen von Arbeits- und Lebensweisen, die mit einer Orientierung am Modell des Unternehmens verbunden ist. Der Mensch soll sich zum Unternehmen machen, und zwar nicht nur in seinem Verhältnis zur Arbeitswelt, sondern darüber hinaus in seinem Verhältnis zum Privateigentum, seinen sozialen Beziehungen und zu sich selbst (vgl. Foucault 2004b: 314, 344). Das *unternehmerische Selbst* gilt nicht nur als theoretisches Handlungsmodell für den Markterfolg, sondern auch als „normatives Modell der Lebensführung“ (Bröckling 2013: 275), welches von den ALG-II Empfänger*innen über Angestellte bis hin zu Top-Manager*innen für alle gleichermaßen verbindlich ist.

Die Techniken, die dabei angewandt werden, wurden in Foucaults Untersuchungen zum modernen Staat und der Geschichte der (neo-)liberalen Gouvernamentalität analysiert (vgl. Foucault 2004a, b).

2 Michel Foucaults Analytik der Macht

Gegen die Konzeption von Macht als eine primär durch Repression charakterisierte, stellt Foucault eine erweiterte Konzeption von Macht. Eine in erster Linie auf Repression gründende Vorstellung von Macht deckt nicht das gesamte Feld von Machtwirkungen ab und nimmt lediglich die negativen Effekte in den Blick. Macht im foucaultschen Verständnis zeichnet sich dadurch aus, dass sie *produktiven* und damit auch *positiven* Charakter besitzt (vgl. Foucault 2013: 38, 250; Lemke 2002: 90, 94). Sie ist produktiv in dem Sinne, dass sie neue Wissens- und Wahrheitsbereiche schafft (z.B. über Sucht), Identitäten formt (Drogenabhängige), Leistungspotenziale freisetzt und Kompetenzen (Arbeitsfähigkeit) herstellt (vgl. Anhorn/Balzereit 2016: 133). Moderne Formen der Machtentfaltung sind dementsprechend darauf gerichtet, „Kräfte hervorzubringen, wachsen zu lassen und zu ordnen, anstatt sie zu hemmen, zu beugen oder zu vernichten“ (Foucault 2012: 132). So ist Macht im Sinne Foucaults untrennbar mit Formen der Wissensgenerierung verwoben, deren Hauptmerkmal in einem Wechselspiel, einer Zirkulation aus Wissen und Macht liegt. Foucault folgt der Annahme, dass „Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 2013: 39). So erzeugt Macht neue Gegenstandsbereiche des Wissens oder fungiert als eine Macht der (Um-)Deutung oder (Neu-)Ordnung von bereits Bestehendem. Der Wissen/Macht-Kreislauf verbindet einen konstruierten Gegenstandsbereich mit Praktiken einer Machttechnologie, „die mit ihren wissensbasierten Eingriffen, ihren formenden Prozeduren und verbessernden und berichtigenden ‘Operationen’ den Gegenstand der Interventionen (erst) zu einer ‘Wirklichkeit’ werden lässt, die in einem erneuten Durchgang wiederum zum Objekt eines weiter vertieften und differenzierten Wissens wird“ (Anhorn/Balzereit 2016: 134).

So wurde bspw. der Drogenkonsum, der von alters her Teil der Menschheitsgeschichte ist, erst Anfang des 19. Jahrhunderts als Krankheit definiert und untersucht (vgl. Scheerer 1995: 15). Mit der Analyseperspektive und Behandlung von Drogenkonsum als Krankheit wird ein spezifisches Wissen erzeugt, das *Sucht* als objektive Wirklichkeit erst entstehen lässt. Mit der daraus abgeleiteten Behandlung *suchtkranker* Menschen wird wiederum ein *neues* Wissen gewonnen, das im Weiteren abermals zum Ausgangspunkt erweiterter, differenzierter und *korrigierender* Interventionen wird.

Gegen Ende der 1970er Jahre erweitert Foucault sein machtanalytisches Repertoire um einen weiteren Machttypus, den der Regierung und unterscheidet nun

zwischen Machtbeziehungen, Herrschaftszuständen und Regierungstechniken. Zwischen den restriktiven, verfestigten, meist institutionalisierten Herrschaftszuständen, und den beweglichen, spontanen und umkehrbaren Machtverhältnissen, liegen die Regierung bzw. die Regierungstechnologien als vermittelnde Ebene. Analog gebraucht Foucault auch die Begriffe Führung oder Lenkung. Er bezieht sich hier auf einen weit gefassten Regierungsbegriff, wie er auch im 16ten Jahrhundert verstanden wurde. Der Begriff beschränkt sich nicht auf politische Strukturen oder staatliche Verwaltungen, sondern schließt auch Führung von Gruppen und Individuen, von Kindern, Familien, Gemeinschaften oder auch Seelen mit ein, und umfasst somit die Lenkung von Verhalten der Individuen und Kollektiven. Unter Regieren versteht Foucault also nicht, Individuen und Gruppen unter dem Einsatz von Zwangsmittel (Anordnung, Verbot, Strafe) dazu zu bringen, herrschaftlichen Vorgaben zu folgen, sondern vielmehr, indirekt „Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Verhalten zu nehmen“ (Foucault 2005b: 286). Dazu werden Kontexte (z.B. Beratungsgespräche) so strukturiert, das Wahlmöglichkeiten eröffnet werden, das Gefühl von Selbstbestimmung vermittelt und Eigenverantwortlichkeit nahe gelegt wird, um so die Wahrscheinlichkeit einer gewissen Verhaltensweise (z.B. ein drogenfreies Leben) zu erhöhen.

Der Machttypus Regierung stellt ein Spektrum an Verfahren und Techniken bereit, um Herrschaftstechniken mit den *Technologien des Selbst* zu verbinden, also Einfluss darauf zu nehmen, wie Menschen Dinge mit sich und anderen durch introspektive Wissenserhebung und individualisierende Verantwortungszurechnung aushandeln (vgl. Anhorn/Balzereit 2016: 143). Die komplexe Verschränkung von Technologien des Selbst mit Herrschaftstechniken der Disziplinierung und Normalisierung lässt sich beispielhaft am Projekt *back to work* ablesen.

2.1 Regierung durch Individualisierung

Entschließt sich eine Person dazu, am Arbeitsprojekt *back to work* teilzunehmen, wird mit ihr eine schriftliche Vereinbarung über die Teilnahme (Arbeitszeit, Tätigkeit) geschlossen. Außerdem beinhaltet die Vereinbarung eine umfassende Schweigepflichtentbindung gegenüber dem Jobcenter, den behandelnden Ärzt*innen und anderen Hilfeeinrichtungen, die im Vorfeld in Anspruch genommen wurden. Des Weiteren wird ein Anamnesebogen erstellt, der unter anderem Daten über die Vita, den Gesundheitszustand, das Konsumverhalten sowie die psychosoziale Verfassung dokumentiert. Die Grundlage für die Arbeit in *back to work* ist die Erhebung eines umfassenden Wissens über das Individuum, sowie der Abbau von Schranken (Schweigepflicht), die ein freies Zirkulieren des Wissens verhindern. Dieses anfänglich ge-

wonnene individualisierte Wissen stellt die Basis des weiteren Weges in *back to work*. In den regelmäßigen Beratungsgesprächen wird das Individuum an seine professionell erzeugte psychosoziale Wahrheit fixiert und somit sein Verhalten gelenkt. In der Beratung verschränken sich hier, bis zur Ununterscheidbarkeit, die Mechanismen der Selbstführung mit denen der Fremdführung (vgl. Duttweiler 2007: 262).

2.2 Regierung durch (Wahl-)Freiheit

Die Beziehung zwischen Teilnehmer*in und Sozialarbeiter*in ist als eine Machtbeziehung im Sinne Foucaults anzusehen. Damit diese bestehen kann, „bedarf es (...) auf beiden Seiten einer bestimmten Form von Freiheit“ (Foucault 2005a: 890). Wenn die Machtbeziehung den Status von Regierung erhalten soll, um so den richtigen Gebrauch der zugesprochenen Freiheit zu gewährleisten, ist diese in spezifischer Weise zu rahmen und zu strukturieren. Dem Subjekt wird so die Freiheit zugewiesen, Wahlmöglichkeiten und Handlungsoptionen zu erkennen und sich zu entscheiden (vgl. Lemke 2002: 184-187).

Dieser Zusammenhang einer Regierung durch (Wahl-) Freiheit wird im Arbeitsprojekt *back to work* deutlich. Im Grunde ist *back to work* eine freiwillige Maßnahme, wird jedoch konsequent vom Jobcenter und von den Sozialarbeiter*innen beworben und eine Teilnahme wird nahe gelegt. In gewisser Weise besteht auch die Möglichkeit der freien Arbeitsfeldwahl.

Die Ziele von *back to work* werden weder angeordnet, noch gibt es einen Zwang diese zu erfüllen. Vielmehr sollen die Teilnehmer*innen ihre Ziele in Beratungsgesprächen entwickeln, die dann in einem *Aktivierungsplan* festgehalten werden. Es werden Schritte festgelegt, wie diese Ziele erarbeitet werden können und welcher Förderungen es dazu bedarf. In regelmäßigen Überprüfungen wird erfasst, ob die Ziele erreicht wurden. Wenn dies nicht der Fall ist, werden die Gründe dafür erörtert und entsprechend das Ziel oder die Förderung überdacht und revidiert. Sind die Ziele erreicht, werden neue Ziele vereinbart.

Die Möglichkeit der eigenen Zielsetzung vermittelt dem Subjekt ein Gefühl von Freiheit und Selbstbestimmung, da die/der Teilnehmer*in mit in den Prozess der Wiederherstellung von Arbeitsfähigkeit einbezogen wird. Im Sinne des Aktivierungsparadigmas sollen sie zu Ko-Produzent*innen werden und aktiv an der Lösung ihrer Probleme mitwirken. So werden nicht nur die Ziele, sondern auch der Lösungsweg und der Hilfebedarf selbst (mit-)bestimmt. Da jedoch „eine Wahl im (neo-)liberalen Gesellschafts- und Menschenbild immer (nur) eine individuelle Angelegenheit ist, fallen die Folgen einer Wahl dementsprechend auf den in seinen Entscheidungen ‘autonomen’ Einzelnen und seine individuelle Verantwortung zu-

rück“ (Anhorn/Balzereit 2016: 149). So wie das Erreichen der gesetzten Ziele der/dem Teilnehmer*in als Erfolg bzw. persönliches Verdienst anzurechnen ist, fällt ein Verfehlen der Ziele auf die Eigenverantwortung des Einzelnen zurück. Dies kann sich von den beschriebenen Zieletappen bis hin zum eigentlichen Ziel von *back to work*, die nachhaltige Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, erstrecken.

Darüber hinaus kommt es durch die (Wahl-)Freiheit zu einer „Dynamik entgrenzter Aktivierung und gesteigerter (Verhaltens-)Anforderung an das Individuum“ (Anhorn/Balzereit 2016, S 150), die sich in der Aufforderung einer immerwährenden Optimierung niederschlagen. Der Optimierungsanspruch wird in *back to work* durch den Aktivierungsplan in Gang gesetzt. Es geht um einen Prozess kontinuierlicher Veränderung des Ist-Zustandes hin zu einem „besseren“. Rückschritte sind dabei nicht vorgesehen. Sind die vorgenommenen Ziele erreicht, müssen neue bestimmt werden. Die Menschen sollen dazu aktiviert werden, stetig an sich zu arbeiten, um sich zu verbessern.

2.3 Regierung durch die Verbindung von Selbst- und Herrschaftstechnologien

Die Teilnehmer*innen von *back to work* haben die Aufgabe, sich zu beobachten, einzuschätzen und dies in entsprechenden Vordrucken zu dokumentieren. Hier gibt es zwei Formen, die Selbstbeobachtung und die Selbsteinschätzung der Kompetenzen. Beiden Formen folgt eine Fremdbeobachtung.

Bei der Selbstbeobachtung sollen sich die Teilnehmenden unter vier vorgegebenen Kategorien einschätzen und notieren, was sie besonders macht, was sie gut gemacht haben, was sie gut können und was sie an sich mögen. Danach müssen sie Angaben zu ihren Zielen in den vier vorgegebenen Kategorien machen. Neben der Selbstbeobachtung haben die Projektteilnehmer*innen die Möglichkeit, sich im Rahmen der genannten vier Kategorien untereinander eine positive Rückmeldung zu geben.

Bei der Selbsteinschätzung der eigenen Kompetenzen sollen die Teilnehmer*innen ihre persönlichen, sozialen, methodischen sowie IT- und Medien-Kompetenzen mithilfe einer Skala einschätzen. So müssen sie beispielsweise ihre Motivation, ihre Belastbarkeit und ihr Selbstmanagement einschätzen. Eine Fremdbeobachtung erfolgt dann über drei Professionelle, die getrennt voneinander jeweils eine Einschätzung in den vorgegebenen Kompetenzfeldern abgeben. Den beiden Selbstbeobachtungen bzw. -einschätzungen steht also passgenau immer eine Fremdbeobachtung gegenüber (vgl. Beobachtungsbögen *back to work*).²

2 Dieses 360° *panoptische Feedback Prinzip* führt zur erhöhten Verhaltenskonformität, da sich die Teilnehmer immer beobachtet fühlen, aber auch selbst beobachten und

An dieser Stelle werden die Teilnehmer*innen dazu gebracht sich selbst zu thematisieren. Durch die Themenvorgabe sowie die Fremdbeobachtung wird gezielt darauf Einfluss genommen, in welcher Art und Weise sie sich zu beobachten haben. Mithilfe der Vordrucke wird die Form, wie sie sich thematisieren, gelenkt. Die durch die Vordrucke hervorgebrachten Themen orientieren sich an den Anforderungen, die der aktivierende Sozialstaat an seine Bürger*innen stellt. Der Selbstbeobachtungsbogen zielt auf die selbst wahrgenommenen Fähigkeiten und Stärken, welche bei der eigenen Vermarktung im Sinne des *unternehmerischen Selbst* von großer Bedeutung sind. Dazu müssen auch Perspektiven angegeben werden. Es soll darüber nachgedacht werden, wie sich die teilnehmende Person entwickeln will, bzw. welche *Investitionen* sie tätigen möchte.

Über die Vorgabe der Themen bei der Selbstbeobachtung hinaus ist ein weiteres Mittel der Lenkung der Teilnehmer*innen die passgenaue Fremdeinschätzung. Hier wird in subtiler Weise Einfluss auf die Selbstwahrnehmung genommen. Würde sich beispielsweise ein/e Teilnehmer*in als pünktlich und motiviert einschätzen, käme aber nur jeden zweiten Tag zur Arbeit und dann meistens zu spät, stünde diese Selbsteinschätzung konträr zu dem, was die Programmvorgaben von *back to work* als pünktlich und motiviert einstufen würden. Eine direkte Konfrontation mit *Fehlverhalten* im Beratungsgespräch kann das Gefühl der Freiheit der/s Teilnehmer*in einschränken und die Machtbeziehung blockieren. Wenn die/der beratende Sozialarbeiter*in jedoch die Einschätzungen der anderen Personen vorlegt, kann sie/er damit arbeiten und Einfluss auf das Verhalten nehmen, ohne direktiv vorzugehen, also in einen Herrschaftszustand zu verfallen.

Mit der Form der Selbstbeobachtung und -einschätzung von *back to work* verbinden sich die Verfahren der Selbst- und Fremdführung. Darüber hinaus verbinden sich hier Herrschaftstechnologien mit den Technologien des Selbst, welche einen wichtigen Bestandteil von Regierung darstellen. Demnach „regiert“ nur derjenige, der sich in reflexiver Form mit den Selbstführungsweisen eines Individuums auseinandersetzt und auf sie einwirkt, ohne die Freiheit des Subjekts in seinen Handlungsmöglichkeiten aufzuheben“ (Gabers 2008: 166).

2.4 Regierung durch Normalisierung

Bei der Normalisierung als weitere Technologie von Regierung, geht es im Allgemeinen um Bearbeitungsformen problematisierter Phänomene, wie in diesem Fall

überwachen. Die überwachenden Überwacher*innen erinnern an den von Foucault beschriebenen *Panoptismus* (vgl. Foucault 2013: 251-292).

die Arbeitslosigkeit und den Drogenkonsum. Die entwickelten Interventionsformen zielen nicht darauf ab, ein aufkommendes Phänomen zu tilgen, sondern es „in akzeptablen Schranken zu halten“ (Foucault 2004a: 102). Es wird versucht, „die ungünstigsten, im Verhältnis zur normalen, allgemeinen Kurve am stärksten abweichenden Normalitäten zurechtzustutzen, sie auf diese normale, allgemeine Kurve herunterzudrücken“ (Foucault 2004a: 97). Da wir es in Deutschland mit einem lohnarbeitszentrierten Sozialstaat zu tun haben, kann die Erwerbsarbeit als eine der zentralen Normen gezählt werden, an welche es die Bevölkerung anzupassen gilt.

Im Sinne der Normalisierung geht es also im konkreten Beispiel darum, die Arbeitslosigkeit und den Drogenkonsum im Bezug zur sozial-räumlichen Gesamtheit (Bad Reichheim) optimal zu managen (vgl. Anhorn/Balzereit 2016: 153).

Ein Instrument dieses optimalen Managements stellt dabei das Arbeitsprojekt *back to work* dar, das versucht, die Teilnehmenden an die Arbeitswelt heranzuführen. Es dient als Instrument, die Teilnehmer*innen als *unternehmerisches Selbst*, aber auch als beratungsbedürftiges, sozialpädagogisches Subjekt anzurufen. Es ist also kein Instrument, mit dem abstinente, vollbeschäftigte Menschen produziert werden sollen, und somit auch kein Instrument zur Tilgung von Drogenkonsum und Arbeitslosigkeit. Die Teilnehmer*innen sind in erster Linie nicht in die Arbeitswelt zu integrieren, sie sollen vielmehr in ihrem Verhalten und ihrer Selbstwahrnehmung an diese angepasst werden. Das *unternehmerische Selbst* gilt auch hier als normatives Leitbild (vgl. Bröckling 2013: 275).

So ist auch der Drogenkonsum den Teilnehmer*innen in *back to work* nicht gänzlich untersagt. Es ist lediglich das Konsumieren während den Arbeitszeiten verboten (vgl. Konzept *back to work*). Damit soll der Konsum auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Die Teilnehmer*innen haben ihren Konsum selbst zu managen und darauf zu achten, dass die Vereinbarungen von Arbeitszeit und -tätigkeit durch den Konsum nicht gefährdet werden. So ist der Drogenkonsum in dem Maße legitim, in welchem er der Aufrechterhaltung oder sogar Steigerung der Arbeitskraft dienlich ist. *Back to work* erweist sich demnach als ein Instrument, die Techniken der Normalisierung umzusetzen und Anpassungen an die Vorgaben einer (auch unter Bedingungen eines fortgesetzten Drogenkonsums) *normalen Lebensführung* zu gewährleisten.

Fazit

Nach der vorgenommenen Analyse entpuppt sich das Arbeitsprojekt *back to work* als ein Programm zur Förderung neoliberaler Subjektivierungsweisen.

Es zeigt sich, dass die Arbeitsweise Sozialer Arbeit im Arbeitsprojekt *back to work* auf die Selbstproduktion der Teilnehmer*innen abzielt, und versucht, diese an die herrschaftlichen Ziele des Projektes zu koppeln, die eine hohe Übereinstimmung mit denen des aktivierenden Sozialstaats und der sich daraus ergebenden Leitfigur des *unternehmerischen Selbst* aufweisen. Es wird versucht, die Teilnehmenden an dieses Leitbild anzupassen, also zu normalisieren. Dafür wird ein umfassendes Wissen zu Beginn des Programms erhoben, geordnet und bewertet, um im Weiteren in den Praktiken der Normalisierung in die Projektarbeit einzufließen. Damit erweist sich die im Rahmen von *back to work* geleistete Soziale Arbeit als neoliberale Regierungstechnologie, die selbst im Bereich der akzeptierenden Drogenhilfearbeit dem Leitbild des sich selbst steuernden *unternehmerischen Selbst* folgt. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich Schlüsse für die Soziale Arbeit ziehen.

Für Fabian Kessl ist Soziale Arbeit allgemein immer in Regierungstechnologien verwickelt. Dies ergibt sich aus den gesellschaftlichen Kontexten, Arbeitsweisen (in z.B. Beratungen), hegemonialen Diskursen und der Tatsache, dass die/der Sozialarbeiter*in nicht nur regiert, sondern selbst regiert wird. „Ein substantielles Außen ist nicht (mehr) zu haben. Soziale Arbeit ist Regierungshandeln. Wir entkommen uns nicht“ (Kessl 2005: 90). Obwohl es kein Entkommen gibt, ist „aus dieser Einsicht nicht zu folgern, dass sie sich gefügig in das Gefüge der Macht fügen müsse. Vielmehr muss sie ihren NutzerInnen dazu verhelfen, sich möglichst flügge zu machen, und auch selbst möglichst flügge werden – *im* Gefüge der Macht. Denn es geht noch immer um nicht weniger als ‚die Kunst, nicht dermaßen sozialpädagogisch zu regieren – und regiert zu werden‘“ (Kessl 2006: 73; Herv. im Original).

Um *nicht dermaßen regiert zu werden* ist eine kritische Reflexion Sozialer Arbeit unter einer machtanalytischen Perspektive sinnvoll. Damit besteht die Möglichkeit, das „Subjekt in ein Beziehungsverhältnis zu politischen und staatlichen Regierungsrationalitäten zu setzen“ (Garbers 2008: 175). So können politische und pädagogische Programme wie *back to work* nach ihren Machtverhältnissen und herrschaftlichen Interessen sowie die Funktionen der Sozialen Arbeit innerhalb des Programms genauer untersucht werden. Damit erweitert sich der Denk- und Handlungsspielraum Sozialer Arbeit und es besteht die Möglichkeit, nicht unbewusst Bestandteil neoliberaler Programme zu werden.

Um *nicht dermaßen zu regieren* sollte Soziale Arbeit vermehrt auf die gesellschaftlichen Bedingungen eingehen, die zu individualisierten Schwierigkeiten der Alltagsbewältigung führen, und nicht die Subjekte, sondern die Verhältnisse responsibilisieren.

Die Beteiligung der Sozialen Arbeit an Projekten wie dem hier vorgestellten *back to work* erweist sich, unter Berücksichtigung aller hier gewonnenen Erkennt-

nisse, als ausgesprochen problematisch, da es ungeachtet ihrer realen Wirkungen bereits programmatisch darauf ausgelegt ist, neoliberale Subjektivierungsweisen (*unternehmerisches Selbst*) zu fördern, und Menschen für ihre Lebenssituation zu responsabilisieren.

Für die Perspektive einer kritisch verorteten Sozialen Arbeit erweist es sich als sehr viel produktiver, die konkreten „Formen der eigenständigen Abhilfe anzupassen, die soziale Akteure bereits anwenden“ (Cremer-Schäfer 2008: 176). Soziale Arbeit sollte ihren Ausgangspunkt in den vielfältigen Gestaltungsformen von Lebensweisen und den Praktiken der Akteur*innen suchen. Es geht also mehr um die Förderung von sozialen Praktiken und die Problematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine machtanalytische Perspektive und Reflexion stellt für die Wahrnehmung solcher Aufgaben ein durchaus produktives Instrument dar.

Literatur

- Anhorn, Roland; Balzereit, Marcus 2016: Einführung: Therapeutisierung und Soziale Arbeit. In: Roland Anhorn und Marcus Balzereit (Hg.): Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Wiesbaden, 3-203
- Bröckling, Ulrich 2013: Unternehmen, In: Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt a.M., 271-276
- Cremer-Schäfer, Helga 2008: Situationen sozialer Ausschließung und ihre Bewältigung durch die Subjekte, In: Anhorn, Roland; Bettinger, Frank; Stehr Johannes (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden, 161-180
- Duttweiler, Stefanie 2007: Beratung als Ort neoliberaler Subjektivierung. In: Anhorn, Roland; Bettinger, Frank; Stehr, Johannes (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme. Wiesbaden, 261-276
- Foucault, Michel 2004a: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977–1978. Frankfurt a.M.
- 2004b: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Frankfurt a.M.
- 2005a: Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit, In: Defert, Daniel; Ewald, Francois (Hg.): Michel Foucault: Schriften in vier Bänden, Bd. 4, Frankfurt a.M., 875-901
- 2005b: Subjekt und Macht, In: Defert, Daniel; Ewald, Francois (Hg.): Michel Foucault: Schriften in vier Bänden, Bd. 4, Frankfurt a.M., 269-294
- 2012: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt a.M.
- 2013: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.
- Galuske, Michael 2004: Der Aktivierende Sozialstaat. Konsequenzen für die Soziale Arbeit. o.O., online unter: http://www.chs-dresden.de/fileadmin/hochschule/Veroeffentlichungen/Studientexte/Studientext_2004-04_Galuske.pdf [Abruf am 10.03.2017]

- Garbers, Simon 2008: Sozialpädagogik als „Regierung des Subjekts“?. Überlegungen zur Gouvernementalität und Sozialpädagogik. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 6. Jg., Heft 2, 158-186
- Kessl, Fabian 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. eine Gouvernementalität sozialer Arbeit, Weinheim und München
- 2006: Soziale Arbeit als Regierung – eine machtanalytische Perspektive. In: Weber, Susanne; Maurer, Susanne (Hg.): Gouvernementalität und Erziehungswissenschaften. Wissen – Macht – Transformation. Wiesbaden, 63-76
- Lemke, Thomas 2002: Eine Kritik der Politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin und Hamburg
- Lessenich, Stephan 2003: Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft, In: Mittelweg Heft 4: 80-93
- Scheerer, Sebastian 1995: special: Sucht. Reinbek bei Hamburg

*Mischa Kemmerer, Evangelische Hochschule Darmstadt, University of Applied Sciences, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt
E-Mail: mischa.kemmerer@gmx.de*

graswurzel revolution

Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo / Geschenkabo: 38 € (10 Ausgaben)

Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)

Auslandsabo: 48 € / Förderabo: 60 €

Bequem bestellen auf graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

